

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 1: **Begrüßung und Eröffnung**

Die Vorsitzende, Frau Ministerin Bachmann (SL), eröffnet die Bauministerkonferenz und begrüßt Herrn Bundesminister Dr. Ramsauer und Herrn Staatssekretär Bomba sowie alle Sitzungsteilnehmer.

Sie dankt dem ehemaligen Vorsitzenden Herrn Minister Dr. Kühl (RP) für seine engagierte Amtszeit und die gelungene Ausrichtung der Bauministerkonferenzen in den Jahren 2010 bis 2011.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken**

**TOP 2: Genehmigung der Niederschrift der 122. Bauministerkonferenz am
29./30. September 2011 in Koblenz**

Die Bauministerkonferenz genehmigt die Niederschrift.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken**

TOP 3: Bericht des Bundes und allgemeine Aussprache

Bundesminister Dr. Ramsauer berichtet.

Es wurde kein Beschluss gefasst.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken**

TOP 4: Entwicklungen im Bereich EU

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz nimmt den schriftlichen Bericht der EU-Referentin
zur Kenntnis.

16 : 0

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 5: Nachhaltige Stadt- und integrierte territoriale Entwicklung im Rahmen der EU-Regionalpolitik 2014-2020

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz stellt fest:

- Die europäischen Städte spielen eine bedeutende Rolle für die ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung der Regionen, insbesondere für Innovation, Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen, Bildung und Weiterbildung, Demokratie und soziale Stabilität. Sie sind Versorgungszentren für ihr Umland und insbesondere in schrumpfenden Regionen und ländlichen Räumen zentrale Ankerpunkte. Für ihre Aufgaben, den demografischen Wandel zu bewältigen, ökonomische und soziale Disparitäten kleinräumig auszugleichen und benachteiligte Stadtteile im Kontext der Gesamtstadt zu stabilisieren, benötigen sie ebenso Unterstützung wie für die großen Herausforderungen durch Klimawandel und Energieeinsparung.
- Die Bauministerkonferenz begrüßt, dass die Städtische Dimension der Kohäsionspolitik in den Verordnungsentwürfen für die neue Strukturfondsperiode verankert bleibt und mit einem entsprechenden Mittelansatz ausgestattet werden soll. Die verbindliche Festlegung eines Mindestanteils der EFRE-Mittel für die Belange der Stadtentwicklung nach Art. 7 Entwurf EFRE-VO wird begrüßt. Dieses entspricht der Forderung der Bauministerkonferenz (Stellungnahme zur „Zukunft der Städtischen Dimension in der EU-Kohäsionspolitik“ vom 23. September 2010).
- Die Bauministerkonferenz stellt allerdings fest, dass in den Verordnungstexten an keiner Stelle die „Leipzig Charta“ oder die „Territoriale Agenda“ als Referenzdokumente genannt werden. Diese mitgliedstaatlichen Leitbild-Dokumente stellen jedoch im Bereich der Städtischen Dimension – hier insbesondere hinsichtlich des integrierten Ansatzes -

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

und der territorialen Entwicklung die maßgeblichen handlungsrelevanten Grundlagen dar.

Die Bauministerkonferenz bekräftigt und ergänzt in folgenden Punkten die Stellungnahme des Bundesrates:

- Die Bauministerkonferenz lehnt die Verpflichtung ab, bereits im frühen Stadium der Erstellung der Partnerschaftsverträge mit den Mitgliedstaaten (Art. 7 Entwurf EFRE-VO) eine Liste von Städten festzulegen, in denen Maßnahmen der integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung (ITI) durchgeführt werden sollen. Ebenso abgelehnt werden die damit zusammenhängende vorläufige Mittelausstattung auf nationaler Ebene ausschließlich für diese Städte und die Subdelegation von Mittelverwaltung und Kontrollfunktionen. Den Ländern muss es möglich sein, z.B. im Rahmen von Wettbewerbsverfahren flexibel auf Basis ihrer Operationellen Programme (OP) und ihres Finanzrahmens sowie auf Basis integrierter Handlungskonzepte der Städte entsprechend dem regionalen und kommunalen Bedarf zu fördern.
- Die Bauministerkonferenz fordert, dass die Möglichkeit einer eigenen Priorität „Nachhaltige integrierte Stadtentwicklung“ für die Operationellen Programme eröffnet wird, mindestens jedoch die Möglichkeit, verschiedene für die integrierte Stadtentwicklung relevante Prioritäten in einer Sammelprioritätsachse zu bündeln (Forderung Bundesrat, WMK und Europäisches Parlament). Das komplexe Feld der Stadtentwicklung erfordert integriertes und nicht sektorales Handeln, um Synergien und nachhaltige Wirkungen zu erreichen. Bauliche, ökonomische, soziale, ökologische oder kulturelle Impulse und Interventionsansätze müssen sich ergänzen können.
- Die Bauministerkonferenz gibt hinsichtlich des Vorschlags der Kommission, eine neue Stadtentwicklungsplattform einzurichten (Art. 8 Entwurf EFRE-VO), zu bedenken, dass Vernetzung und Erfahrungsaustausch zwischen den Städten auf nationaler ebenso wie auf europäischer Ebene bereits durch mehrere Netzwerke stark und hinreichend ausgeprägt sind (z.B. deutsch-österreichisches URBAN-Netzwerk, URBACT, European Urban Knowledge Network (EUKN), EuroCities, Städteverbund im Kontext des Referenzrahmens für nachhaltige Stadtentwicklung (RFSC) etc.). Statt der Einrichtung eines weiteren Netzwerks sollte die Kooperation vorhandener Netzwerke unterstützt und verbessert werden, sowie zu einer Harmonisierung und Verbesserung ihrer Arbeitsgrundlagen

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

(z.B. Datenerhebung und -aktualisierung im Rahmen des URBAN AUDIT) beigetragen werden.

Die Bauministerkonferenz schlägt darüber hinaus vor,

- die Umsetzung des Instruments ITI in der Verwaltung (insbesondere in der fondsübergreifenden Verwaltung) so einfach wie möglich zu gestalten;
- die Regionen und Städte nicht mit neuen Indikatoren-Systemen und komplexen Verwaltungs- und Kontrollsystemen zu belasten, sondern die Verwaltungs- und Prüfverfahren zu straffen und zu vereinfachen;
- die Möglichkeiten von pauschalen Zuweisungen weiter zu verbessern;
- die Mehrwertsteuer als uneingeschränkt förderfähig anzuerkennen.

Die Bauministerkonferenz bittet die fondsverwaltenden Ressorts der Länder,

- die integrierte Stadtentwicklung in den Operationellen Programmen mindestens im Rahmen einer ziel- und prioritätenübergreifenden Sammelaachse und in ausreichendem Umfang zu verankern;
- eine frühzeitige und umfassende Einbindung der Städte und Stadtregionen in die Erarbeitung der Operationellen Programme vorzusehen;
- einen fondsübergreifenden strategischen Rahmen auch in den OPs der Länder vorzusehen, der die Möglichkeiten fondsübergreifender Interventionen in städtischen Quartieren (EFRE / ESF) und in den Städten ländlicher Regionen (EFRE / ELER) erleichtert;
- den gezielten Einsatz von ESF-Mitteln im Rahmen integrierter Stadterneuerungskonzepte (z.B. Soziale Stadt) vorzusehen;
- die Verteilung der Mittel für die Technische Hilfe so zu regeln, dass sich diese aus allen Prioritätsachsen speist und nicht den ohnehin geringen Mittelanteil einer Sammelprioritätenachse (Stadtentwicklungsachse) schmälert.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 6: Zukunft der Städtebauförderung

Beschluss:

- I. Die Bauministerkonferenz stellt fest:
 1. Die Energiewende und der demografische Wandel stellen die Städte und Gemeinden vor Herausforderungen, die konkrete Lösungen vor Ort erfordern. Der integrierte Entwicklungsansatz der Städtebauförderung ist am ehesten in der Lage, die dafür notwendigen Maßnahmen durchzuführen.
 2. Die Innenstädte und historischen Stadtkerne, die Orts- und Stadtteilzentren prägen das Bild der europäischen Stadt in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Funktionen für Wohnen, Handel, Dienstleistungen, Kultur und Freizeit müssen für künftige Generationen gesichert werden.
 3. Der soziale Zusammenhalt in den deutschen Städten ist in Gefahr und verlangt deshalb ein Leitprogramm der Städtebauförderung zur integrierten Entwicklung der Stadtteile und Quartiere.
 4. Die mit dem demografischen Wandel einhergehende Schrumpfung vieler Städte und Gemeinden verlangt nach einer städtebaulichen Begleitung, die unter Bewahrung der Lebensqualität quartiersbezogene individuelle Lösungen erarbeitet.
 5. Gerade die kleineren Städte und Gemeinden des ländlichen Raumes stehen vor der schwierigen Aufgabe, die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu bedarf es der Hilfe der Städtebauförderung und zwar auch für eine interkommunale Zusammenarbeit bei der Aufgabenerfüllung.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

6. Die Städtebauförderung braucht ein Kommunikationsformat, das in gleicher Weise die baulichen Ergebnisse und den Prozess der integrierten Stadtentwicklung bundesweit zur Geltung bringt.

- II. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen wird gebeten, gemeinsam mit dem BMVBS und den kommunalen Spitzenverbänden im Zusammenwirken von Städtebauförderung und nationaler Stadtentwicklungspolitik ein Format für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Stadtentwicklung und deren Kommunikation zu entwickeln.

- III. Die Bauministerkonferenz bekräftigt ihre bisherigen Beschlüsse, dass eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik in den Städten und Gemeinden weiterhin eine verlässliche Finanzausstattung mit Bundesfinanzhilfen mindestens wie im Jahre 2010 benötigt. Sie greift in diesem Zusammenhang den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz-Ost vom 13.09.2012 auf, die Mittel für den Stadtumbau für alle Bundesländer zusätzlich um 100 Mio. € in 2013 und 200 Mio. € in 2014 zu erhöhen; nur mit dieser Erhöhung lassen sich auch Aufgaben der Konversion lösen.

Gleichzeitig erneuert die Bauministerkonferenz ihre Forderung nach der Integration der energetischen Stadtsanierung in die Systematik der Städtebauförderung.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 7: **Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme**

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen zur Kenntnis.

16 : 0

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 8: **Änderung der Musterbauordnung**

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz beschließt die Änderung der Musterbauordnung (MBO) in der Fassung des Entwurfs vom 15.06.2012.
2. Die Vorsitzende der Bauministerkonferenz wird gebeten, die Vorsitzende der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister über den Beschluss zu unterrichten.
3. Die Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz wird gebeten, das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) zu bitten, das Notifizierungsverfahren einzuleiten.

16 : 0

Protokollnotiz des Freistaates Sachsen:

Der Freistaat Sachsen verweist auf den Beschluss zu TOP 28 der 195. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren am 31.05./01.06.2012 in Göhren-Lebbin und hält es für geboten, nach einem entsprechenden Ersuchen der Innenministerkonferenz zeitnah in den Gremien der Bauministerkonferenz die Aufnahme einer Regelung in die Musterbauordnung hinsichtlich der Einrichtungs- und Unterhaltungspflicht von Gebäudeanlagen zu prüfen.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 9: **Änderung des Muster-Marktüberwachungsverordnungs-**
Durchführungsgesetzes

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz stimmt dem M-MÜVDG (Muster-Marktüberwachungsverordnungs-Durchführungsgesetz) in der Entwurfsfassung 29.05.2012 (Anlage 1) - vorbehaltlich des Ergebnisses des Gesetzgebungsverfahrens zur Anpassung des Bauproduktengesetzes - zu.

16 : 0

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

**TOP 10: Brandverhalten von Wärmedämmverbundsystemen mit Polystyrol-
dämmstoffen**

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz stellt fest, dass Wärmedämmverbundsysteme mit Polystyrol-
dämmstoffen ordnungsgemäß zertifiziert und bei der zu-
lassungsentsprechenden Ausführung sicher sind. Gleichwohl nimmt sie
die Brandereignisse mit solchen Wärmedämmverbundsystemen ernst.
2. Die Bauministerkonferenz beauftragt den Ausschuss für Stadtentwick-
lung, Bau- und Wohnungswesen unter Einbeziehung der Feuerwehr, al-
le relevanten Brandereignisse von Wärmedämmverbundsystemen mit
Polystyrol-
dämmstoffen unter Berücksichtigung der besonderen Umstän-
de und Gefahren bei Montagezuständen zu untersuchen. Sofern ange-
zeigt, sind konkrete Handlungsempfehlungen auszusprechen.

16 : 0

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 11: Finanzierung des Informationssystems der Bauministerkonferenz (IS-ARGEBAU)

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz spricht sich für eine (technische) Vollintegration des Informationssystems der Bauministerkonferenz (IS-ARGEBAU) beim Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt) und die damit verbundene Integration in den Haushalt des DIBt aus.
3. Die dem IS-ARGEBAU zurechenbaren Kosten werden durch die Länder und den Bund entsprechend der bisherigen Kostenaufteilung auf der Grundlage des DIBt-Abkommens und der DIBt-Finanzierungsvereinbarung getragen.
4. Die Bauministerkonferenz geht dabei davon aus, dass der Finanzierungsbedarf für das IS-ARGEBAU in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 den in der Anlage zum Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen aufgeführten Kosten bei Vollintegration im DIBt entspricht.
5. Die inhaltliche und technische Konzeption des IS-ARGEBAU ist mit den Gremien der Bauministerkonferenz abzustimmen.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 12: **Baukultur und Klimaschutz**

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz beschließt die baukulturelle Strategie zum Klimawandel und beauftragt den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen sowie den Ausschuss für Staatlichen Hochbau, diese in einem Bericht zu Maßnahmevorschlägen zu konkretisieren.

16 : 0

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 13: **Sachstand zur HOAI-Novelle (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure)**

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht des Ausschuss für Staatlichen Hochbau zur HOAI-Novelle zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz unterstützt das Vorhaben des Bundes die HOAI noch in diese Legislaturperiode zu novellieren und bittet den Ausschuss für Staatlichen Hochbau weiter in den erforderlichen Gremien zur Unterstützung des Vorhabens mitzuwirken.
3. Entsprechend der Entschließung des Bundesrates vom 12. Juni 2009 (Drucksache 395/09) hält die Bauministerkonferenz eine Wiederaufnahme der Beratungsleistungen in den verbindlichen Verordnungsteil der HOAI für sachlich geboten.

16 : 0

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken

TOP 14: Ziele für das energieeffiziente Bauen und Sanieren im Staatlichen Hochbau

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht des Ausschusses für Staatlichen Hochbau zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz beauftragt den Ausschuss für Staatlichen Hochbau, eine Definition des Niedrigstenergiestandards als Empfehlung für den staatlichen Hochbau der Länder unter Einbeziehung des Bundes zu entwickeln.
3. Weiterhin beauftragt die Bauministerkonferenz den Ausschuss für Staatlichen Hochbau, eine Umsetzungsstrategie für energieeffizientes Bauen und Sanieren staatlicher Gebäude zur Erlangung der Klimaschutzziele zu entwickeln.

16:0

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken**

TOP 15: Verschiedenes

Es bestand kein Beratungsbedarf.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 20./21. September 2012 in Saarbrücken**

TOP 16: Ort und Termin der nächsten Bauministerkonferenz

Es wurde eine Sonder-Bauministerkonferenz zum Thema "Wohnen" im März 2013 in Berlin vereinbart.

Das Thema „Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme“ soll in dieser März-Sitzung ebenfalls behandelt werden.

Die nächste reguläre Bauministerkonferenz wird Ende Oktober / Anfang November 2013 im Saarland stattfinden.

Die genauen Termine für beide Konferenzen werden zeitnah vom Vorsitzland bekannt gegeben.